

**Bild.de**

## **Lehrergewerkschaft fordert bessere Schulplanung**

**Mittwoch, 13. Januar 2010, 11:40 Uhr**



GEW-Vorsitzende Moritz hält viele Schulschließungen für vermeidbar. (Archivbild)  
Foto: dpa

Stuttgart (dpa/lsw) - Mit einer guten Schulentwicklungsplanung könnten im Südwesten aus Sicht der Lehrergewerkschaft GEW in drei Vierteln der Gemeinden alle Bildungsgänge bis zur zehnten Klasse angeboten werden. Auch seien dadurch viele Schulschließungen vermeidbar, sagte die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz am Mittwoch in Stuttgart. Sie belegte dies mit den Ergebnissen einer umfassenden Studie der Konstanzer Soziologen Tino und Holger Bargel und Richard Fauser. Diese hatten die Entwicklung der Schülerzahlen und ihre mögliche Verteilung auf die Schularten bis zum Jahr 2025 untersucht. Berücksichtigt wurde auch die Einführung der neuen Werkrealschule.

SWR, 13.01.10

<http://www.swr.de/bw-aktuell/-/id=98428/519nc6/index.html>

## GEW will Gesamtschule für alle Kinder

Das dreigliedrige System ist von vorgestern, sagt die Lehrgewerkschaft GEW. Die GEW fordert deshalb eine Gesamtschule, die allen Kindern gerecht wird. Laut einem Gutachten seien viele Schulen im Land außerdem nicht überlebensfähig.

[\[zum Video zu: GEW will Gesamtschule für alle Kinder\]](#)

**Video SWR:** <http://www.swr.de/bw-aktuell/-/id=98428/519nc6/index.html>

- [↳ Lehrgewerkschaft fordert SchulentwicklungsplanDas Schulgutachten zum Download auf der Website der GEW](#)
- [↳ Stuttgart: Sinkende Schülerzahlen - Stächele will sparen](#)

## **Sinkende Schülerzahlen - Stächele will sparen**

Einer neuen Prognose zufolge werden die Schülerzahlen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2030 um mehr als ein Viertel sinken. Daraus ergibt sich für Finanzminister Willi Stächele (CDU) "zwangsläufig ein geringerer Bedarf an Lehrkräften".



- [🔍 Bild vergrößern](#)

Kultusminister Helmut Rau (CDU) hatte in der Vergangenheit mehrfach betont, dass die Lehrerstellen trotz rückläufiger Schülerzahlen erhalten bleiben sollen. Stächele will den Spielraum nun aber für den Haushalt nutzen. "Nur so wird die Handlungsfähigkeit der nachfolgenden Generationen erhalten." Es sei selbstverständlich, dass die Regierung das hohe Bildungsniveau halten wolle. Durch die "Bildungsoffensive" kämen noch einmal über 3.500 zusätzliche Lehrerstellen hinzu. Danach habe aber der Etat Priorität. Rau nannte die Äußerungen Stächeles zwar "nachvollziehbar", betonte aber, dass in dieser Legislaturperiode keine Lehrerstellen gestrichen würden.

## **Schülerzahl sinkt um 435.000**

Wie das Statistische Landesamt mitteilte, geht die Zahl der Schüler insgesamt um 435.000 auf etwa 1,254 Millionen zurück. An den allgemeinbildenden Schulen sei bis 2030 ein Rückgang um 300.000 Schüler oder 24 Prozent auf 954.000 Schüler zu erwarten. Der größte Teil des

Rückgangs entfällt dabei auf den Zeitraum bis 2020. Ab diesem Zeitpunkt rechnet das Landesamt mit weniger als einer Million Schülern an den allgemeinbildenden Schulen. Ein besonders starker Rückgang wird an Gymnasien erwartet. Bis 2030 soll dort die Zahl der Schüler um gut 29 Prozent auf rund 242.000 sinken.

## **GEW will bessere Schulentwicklungsplanung**

Unterdessen forderte die Lehrgewerkschaft GEW auf der Grundlage einer von ihr in Auftrag gegebenen Studie eine bessere Schulentwicklungsplanung und längeren gemeinsamen Unterricht. Damit könnten in drei Vierteln der Gemeinden alle Bildungsgänge bis zur zehnten Klasse angeboten werden. Bei einem Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem werde es bis 2015 nur noch in jeder zehnten Gemeinde eine Hauptschule geben, mahnte die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz.

Laut dem Gutachten Konstanzer Soziologen ist ein "Umdenken" nötig. Vor allem müssten "alternative Schulmodelle in Betracht gezogen werden", die eine Trennung der Kinder nach der vierten Klasse vermeiden.



## **Stächele will an Lehrern sparen**

13.01.2010 - aktualisiert: 13.01.2010 16:17 Uhr



Foto: AP

Stuttgart - Angesichts dramatischer Steuerausfälle und drohender Rekordverschuldung will Finanzminister Willi Stächele (CDU) auch bei Lehrern den Rotstift ansetzen und Stellen streichen. Die Zahl der Schüler werde in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2030 um rund ein Viertel abnehmen. Aus dieser Zahl des Statistischen Landesamts ergebe sich "zwangsläufig ein geringerer Bedarf an Lehrkräften", teilte Stächele am Mittwoch in Stuttgart mit.

Kultusminister Helmut Rau (CDU) hatte in der Vergangenheit mehrfach betont, dass die Lehrerstellen trotz rückläufiger Schülerzahlen erhalten bleiben sollen. Stächele will den Spielraum nun aber für den Haushalt nutzen: "Nur so wird die Handlungsfähigkeit der nachfolgenden Generationen erhalten." Unterdessen forderte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vom Land eine bessere Schulentwicklungsplanung.

### **Kultusminister: Überlegungen "nachvollziehbar"**

Rau nannte die Äußerungen Stächeles zwar "nachvollziehbar", betonte aber: "Es bleibt dabei, dass in dieser Legislaturperiode keine Lehrerstellen gestrichen werden. Die Verbesserungen, die in den letzten Jahren erreicht wurden, werden Bestand haben." Dazu gehöre auch die sogenannte Bildungsoffensive mit einem Umfang von gut 520 Millionen Euro. Dabei würden den Schulen 3500 Stellen zusätzlich zur Verfügung gestellt, um den Klassenteiler zu senken.

Auch Stächele hob hervor, die Regierung wolle das hohe Bildungsniveau halten. Durch die "Bildungsoffensive" kämen noch einmal mehr als 3500 zusätzliche Lehrerstellen hinzu. Dadurch werde das rechnerische Betreuungsverhältnis von einem Lehrer auf 16,2 Schüler nochmals verbessert. Danach habe aber der Etat Priorität.

### **Neuverschuldung in Rekordhöhe**

Der Regierungsentwurf für den Haushalt 2010/11 sieht eine Neuverschuldung in Rekordhöhe von 4,5 Milliarden Euro vor. In der Mittelfristigen Finanzplanung rechnet die Koalition für die beiden Folgejahre 2012/13 mit Deckungslücken von jeweils etwa 3,5 Milliarden Euro. Von 2014 an strebt das Land wieder einen Etat ohne neue Kredite an.

### **Kritik von Lehrgewerkschaft**

GEW-Landeschefin Doro Moritz forderte, die Schüler sollten künftig in einer sogenannten Sekundarschule von Klasse fünf bis zehn gemeinsam unterrichtet werden. Damit könnten in drei Vierteln der Gemeinden alle Bildungsgänge bis zur zehnten Klasse angeboten werden. Es werde dadurch sogar möglich, auf längere Sicht Lehrerstellen zu sparen. Sollte die CDU/FDP-Landesregierung aber am dreigliedrigen Schulsystem festhalten, werde es infolge der stark rückläufigen Schülerzahlen bis 2015 nur noch in jeder zehnten Gemeinde im Land eine Hauptschule geben, mahnte Moritz. In rund 80 Kommunen könnten überdies Hauptschulen durch Zusammenlegung gehalten werden.

Die GEW belegt dies mit den Ergebnissen einer umfassenden Studie von Konstanzer Soziologen. Diese hatten die Entwicklung der Schülerzahlen und ihre mögliche Verteilung auf die Schularten bis 2025 untersucht. Berücksichtigt wurde auch die neue Werkrealschule als Weiterentwicklung der Hauptschule. Dafür gilt nach der bisherigen Linie des Kultusministeriums, dass so viele Schüler in der Hauptschule unterrichtet werden, dass sie pro Jahrgang in zwei Klassenzüge aufgeteilt werden. Moritz sagte: "Das Festhalten am dreigliedrigen System bedeutet eine resignative Schulentwicklung. Die Gemeinden werden zu Konkursverwaltern der Hauptschule."

Rau entgegnete, die Expertise sei ein weiterer Versuch der GEW, die Schulstrukturdebatte künstlich anzuheizen: "Bei einem Rückgang der Schülerzahlen von insgesamt knapp 26

Prozent bis zum Jahr 2030 kann doch niemand ernsthaft daran glauben, dass in jedem Dorf an einer Einheitsschule das Abitur gemacht werden kann."

Dagegen nannte die oppositionelle Landtags-SPD das Gutachten zur Schulentwicklung eine schallende Ohrfeige für den Kultusminister. "Rau muss endlich anerkennen, dass es einen starken Zusammenhang gibt zwischen dem längeren gemeinsamen Lernen und dem Erhalt wohnortnaher Schulstandorte", sagte der SPD-Bildungsexperte Norbert Zeller.  
dpa/lsw

Zumeldung zu lsw 7085: Lehrgewerkschaft fordert bessere Schulplanung

## **PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 01/2010

13. Januar 2010

### **Kultusministerium weist Forderung der GEW zur Einheitsschule zurück**

#### **Schullandschaft Baden-Württembergs ist für die Zukunft gut gerüstet**

Das Schulstandortgutachten ist ein weiterer Versuch der GEW die Schulstrukturdebatte künstlich anzuheizen. Die GEW Vorsitzende Moritz ignoriert wiederholt die Realität in hohem Maße. „Bei einem Rückgang der Schülerzahlen von insgesamt knapp 26 Prozent bis zum Jahr 2030 kann doch niemand ernsthaft daran glauben, dass in jedem Dorf an einer Einheitsschule das Abitur gemacht werden kann“, sagte Kultusminister Helmut Rau MdL.

Ein modernes Schulsystem braucht vielfältige Wege, um den individuellen Stärken und Schwächen der Jugendlichen und deren Zukunftschancen gerecht werden zu können. Die Schullandschaft in Baden-Württemberg ist für die Zukunft gut gerüstet. Das Kultusministerium hat mit der Einführung der Werkrealschule zum Schuljahr 2010/11 auf die stark rückläufigen Schülerzahlen in den kommenden Jahren frühzeitig reagiert, um an möglichst vielen Schulstandorten einen mittleren Abschluss anbieten zu können.

**PM SPD, 13. Januar 2010**

**SPD: GEW-Gutachten zur Schulstruktur eine schallende Ohrfeige für Kultusminister Rau**

Bildungsexperte Norbert Zeller: "Nach dem Gutachten muss Rau endlich anerkennen, dass es einen starken Zusammenhang gibt zwischen dem längeren gemeinsamen Lernen und dem Erhalt wohnortnaher Schulstandorte"

Die SPD-Landtagsfraktion wertet das von der GEW in Auftrag gegebene Gutachten zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg als eine schallende Ohrfeige für Kultusminister Rau. Einmal mehr zeige eine wissenschaftliche Studie auf, dass das krampfhaftes Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem das Ende der wohnortnahen Schulversorgung in Baden-Württemberg zur Folge habe und zudem sehr teuer sei, sagte der SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Schulausschusses im Landtag, Norbert Zeller. "Rau darf sich den wissenschaftlichen Befunden über den positiven Zusammenhang von längerem gemeinsamem Lernen und wohnortnahen Schulstandorten nicht länger verschließen."

Das Gutachten zeige, dass mit Schulkonzepten, bei denen Kinder länger gemeinsam lernen könnten, eine deutlich bessere und effizientere Schulversorgung sowie eine größere Bildungsgerechtigkeit im Land zu erreichen sei. Kultusminister Rau müsse endlich seine ideologische Sichtweise gegenüber Schulkonzepten aufgeben, bei denen die Kinder besser individuell gefördert werden sollen und sie länger gemeinsam lernen lassen. "Rau darf nicht länger mit veralteten Rezepten auf den Rückgang der Schülerzahlen sowie das veränderte Schulwahlverhalten der Eltern reagieren, forderte Zeller. Und: "Innovative Schulkonzepte, die von allen Beteiligten vor Ort gewünscht werden, müssen endlich genehmigt werden."

Jetzt sei auch erwiesen, dass die von der Landesregierung eingeführte Werkrealschule das Aus für hunderte von Schulstandorten bedeute. "Rau macht damit ganz klar auch eine verheerende Politik gegen den ländlichen Raum", sagte Zeller. Dieser Schultyp verbessere darüber hinaus auch nicht die Bildungschancen der jungen Menschen. Bessere Bildungschancen für alle könnten mit dem SPD-Konzept des längeren gemeinsamen Lernens erreicht werden. "Die Schule muss im Dorf bleiben und ein breites Angebot an Abschlüssen vorhalten", sagte Zeller.

## **Pressemitteilung Grüne im Landtag, 13.01.2010**

### **Grüne zu Stächele und Schulentwicklungsgutachten:**

#### **Effizienter und kostengünstiger mit Ressourcen umgehen**

#### **Renate Rastätter: Anträge der Kommunen auf neue, integrative Modellschulen endlich genehmigen**

---

Die Grünen fordern Finanzminister Stächele auf, sich nicht nur mit dem Rückgang der Schülerzahlen und den dadurch freiwerdenden Lehrerstellen zu befassen, sondern auch notwendige Qualitätsverbesserungen und strukturelle Reformen im Bildungswesen in den Blick zu nehmen. Renate Rastätter, schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag: "Wenn schon Kultusminister Rau ideologisch auf das dreigliedrige Schulsystem fixiert ist, so sollte zumindest der Finanzminister offen für Reformen sein, die die pädagogische Qualität verbessern und zugleich effizienter und kostengünstiger mit Ressourcen umgehen."

Die derzeitige Entwicklung zeige, dass zusätzliche Mittel, die in ineffiziente Strukturen gesteckt werden, weder bessere Bildungschancen bewirken, noch zu einer größeren Zufriedenheit bei Eltern und Lehrkräften bzw. der Gesellschaft führen. Der extreme Stress in der Grundschule, der Druck im G 8, die strukturellen Defizite bei der Unterrichtsversorgung der beruflichen Schulen und der Sonderschulen zeigten vielmehr, dass für die Qualitätsentwicklung an Schulen beides notwendig sei: Ausreichende Ressourcen und Reformen, die den Stress und den Druck aus den Schulen herausnehmen. Rastätter: "Daran mangelt es derzeit am meisten."

Auch Finanzminister Stächele müsse sich doch fragen, weshalb eigentlich 2 Mio. Euro für eine "Imagekampagne" für die mit rd. 520 Mio. veranschlagte "Qualitätsoffensive Bildung" erforderlich sind.

Rastätter empfahl Finanzminister Stächele dringend, sich mit dem Gutachten zur Schulentwicklung, das die GEW heute vorgelegt hat, auseinanderzusetzen, in dem Möglichkeiten für den effizienteren und kostengünstigeren Umgang mit Ressourcen aufgezeigt werden. "Das Gutachten bestätigt eindrucksvoll, dass Schulen, die mehrere Bildungsgänge anbieten, pädagogisch effizienter und zugleich kostengünstiger für das Land und die kommunalen Schulträger sind. Für ein großes Flächenland wie Baden-Württemberg muss die Schulentwicklungsplanung sich angesichts der demografischen Entwicklung daran orientieren, dass anspruchsvolle und leistungsstarke Sekundarschulen wohnortnah in Zukunft bestehen können. Das dreigliedrig zersplitterte Schulsystem mit der fehlenden Akzeptanz für die Hauptschule bzw. Werkrealschule kann diesen Anspruch nicht erfüllen."

Auch aus Gründen der Chancengerechtigkeit sind Schulen mit mehreren Bildungsgängen zu bevorzugen. Die Grünen fordern Kultusminister Rau auf, sich damit auseinanderzusetzen und die ideologischen Scheuklappen endlich abzulegen. Angesichts des drohenden Wegbrechens von Hunderten von Hauptschul-/Werkrealschulstandorten - wie durch das Gutachten belegt - erwarten die Grünen, dass jetzt endlich Anträge auf neue, integrative Modellschulen genehmigt werden.

PM Finanzministerium, 13.0.10

**Bis zum Jahr 2030 sinken die Schülerzahlen im Land um rund 25 Prozent**

**Entstehende haushaltspolitische Spielräume müssen genutzt werden**

**Finanzminister Willi Stächele:**

**„Die sich aus dramatisch sinkenden Schülerzahlen ergebenden Potentiale müssen überwiegend für den Landeshaushalt genutzt werden. Nur so wird die Handlungsfähigkeit der nachfolgenden Generationen erhalten“**

„Bis 2030 sinken die Schülerzahlen in Baden-Württemberg um rund ein Viertel. An den allgemeinbildenden Schulen wird ein Rückgang um 300.000 Schülerinnen und Schüler erwartet. An beruflichen Schulen geht die Schülerzahl um rund 135.000 zurück. Gerade im Interesse der nachfolgenden Generationen müssen wir die dadurch entstehenden finanziellen Handlungsspielräume überwiegend für den Landeshaushalt nutzen. Nur so können wir weiterhin Zukunftsinvestitionen in Forschung, Technologie und Verkehrsinfrastruktur zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit und damit zum Erhalt von Arbeitsplätzen tätigen. Gerade für unsere jungen Menschen ist die Bewahrung dieser haushaltspolitischen Spielräume von existenzieller Bedeutung.“ Dies sagte Finanzminister Willi Stächele anlässlich einer Vorausschätzung des Statistischen Landesamts zur Entwicklung der Schülerzahlen an öffentlichen und privaten Schulen am Mittwoch (13. Januar 2010).

Aus den sinkenden Schülerzahlen ergebe sich zwangsläufig ein geringerer Bedarf an Lehrkräften. Selbstverständlich sei dabei, dass man das hohe Niveau der Bildung in den Schulen Baden-Württembergs erhalte. Aus den sinkenden Schülerzahlen ergebe sich aber zwangsläufig ein geringerer Bedarf an Lehrkräften. Selbstverständlich sei dabei, dass man das hohe Niveau der Bildung in den Schulen Baden-Württembergs erhalte. Daran werde nicht gerüttelt. Schon seit Jahren habe man eine im Ländervergleich weit überdurchschnittliche Schüler-Lehrer-Relation. Durch die Qualitätsoffensive Bildung seien insgesamt über 3.500 zusätzliche Lehrerstellen vorgesehen. Dies verbessere nochmals deutlich den bereits hervorragenden Wert von 16,2 Schülern je Lehrer. Aber zusätzliche Potentiale, die aufgrund der demografischen Entwicklung entstünden, müssten überwiegend für den Landeshaushalt zur Verfügung stehen. Gerade angesichts der geplanten mittelfristigen Finanzplanung des Landes zeige sich die Dramatik aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen einerseits und konjunkturbedingten Neuschulden andererseits insbesondere für unsere Kinder und Enkel, so Stächele.

„Wir dürfen die nachfolgenden Generationen nicht finanzpolitisch strangulieren. Diese haben das Recht auf die Erhaltung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten. Dies ist selbstverständlicher Teil einer nachhaltigen und generationsgerechten Haushaltspolitik“, betonte der Finanzminister abschließend.

## **Bis 2030 sinken die Schülerzahlen im Land um rund ein Viertel**

### **Rückgang um 300 000 Schüler an allgemeinbildenden und 135000 an beruflichen Schulen erwartet**

Im vergangenen Schuljahr 2008/09 wurden annähernd 1,689 Millionen Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Land unterrichtet. Rund 15 000 weniger als im Schuljahr 2006/07, in dem der Höhepunkt der Schülerzahl innerhalb der letzten 25 Jahre erreicht worden war. Das Schuljahr 2008/09 bildet neben der im November 2009 veröffentlichten Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung die Basis für die Vorausschätzung der Schülerzahlen bis 2030, die das Statistische Landesamt durchgeführt hat. Die demografische Entwicklung dürfte nach diesen Berechnungen in den kommenden rund 20 Jahren bis 2030 für einen weiteren Rückgang der Gesamtschülerzahl um 435 000 (knapp 26 Prozent) auf etwa 1,254 Millionen sorgen.

Das Statistische Landesamt führt solche Vorausschätzungen der Schülerzahl im Land auf Basis aktueller Bevölkerungsvorausschätzungen bereits seit etwa 25 Jahren regelmäßig im Abstand von meist zwei bis drei Jahren durch. Seit dem Jahr 2006 erfolgt im Anschluss an die Veröffentlichung der Landesergebnisse eine Berechnung auf Kreisebene – allerdings mit einem kürzeren Vorausschätzungshorizont. So ist auch diesmal in den kommenden Wochen eine entsprechende Vorausschätzung für die Kreise und kreisfreien Städte im Land vorgesehen.

### **Ab 2020 weniger als 1 Million Schüler an allgemeinbildenden Schulen**

An den allgemeinbildenden Schulen wurde das Maximum mit annähernd 1,308 Millionen Schülerinnen und Schülern bereits im Schuljahr 2003/04 erreicht. Im Schuljahr 2008/09 lag die Schülerzahl bei 1,254 Millionen. Hier ist bis 2030 ein Rückgang um 300 000 (24 Prozent) auf 954 000 zu erwarten. Der größte Teil des Rückgangs entfällt dabei auf den Zeitraum bis 2020. Ab dann rechnet das Statistische Landesamt mit weniger als 1 Million Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen.

---

### **2030 ein Fünftel weniger Grundschüler**

Bei den Grundschulen führen die schwächer besetzten Geburtsjahrgänge zu einem stetigen Rückgang von 419 964 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2008/09 auf nur noch gut 346 000 Schülerinnen und Schüler bis zum Jahr 2020. Die weitere Entwicklung dürfte etwas gemäßigter erfolgen. Im Jahr 2030 läge der Grundschulbesuch dann mit knapp 335 000 Schülerinnen und Schülern um 20 Prozent unter dem Wert des Schuljahres 2008/09.

## **Rückgang der Schülerzahl an Werkrealschulen und Hauptschulen bis 2030 um 45 000**

Einen ähnlichen zeitlichen Verlauf der Schülerzahlen erwartet das Statistische Landesamt auch an den (künftigen) Werkrealschulen und Hauptschulen im Land. Lediglich die Einführung der Werkrealschule in der neuen Form dürfte im Schuljahr 2012/13, in dem erstmals Schülerinnen und Schüler die 10. Klassenstufe der neuen Werkrealschule besuchen werden, zu einer einmaligen Unterbrechung dieser Entwicklung führen. Geht man davon aus, dass die Hälfte der Schülerinnen und Schüler von der 9. in die 10. Klassenstufe wechselt, dürfte 2012/13 die Schülerzahl der Werkrealschulen und Hauptschulen gegenüber dem vorherigen Schuljahr um rund 4 000 zunehmen. Im Vergleich zum Schuljahr 2008/09, als 162 631 Schülerinnen und Schüler gezählt wurden, würde die Schülerzahl bis 2030 dennoch um fast 28 Prozent auf rund 118 000 absinken.

## **Vorübergehend noch leichter Anstieg der Schülerzahlen an Realschulen**

An den Realschulen dürfte im laufenden Schuljahr 2009/10 die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr noch leicht um gut 1 000 Schülerinnen und Schüler auf annähernd 248 000 ansteigen. Dieses Niveau könnte noch in den beiden folgenden Schuljahren gehalten werden, bis dann auch die Schülerzahl der Realschulen demografisch bedingt zurückgeht. Nach der vorliegenden Berechnung wäre sie 2030 mit knapp 194 000 um nahezu 22 Prozent niedriger als 2008/09 mit 246 656. Damit läge die Schülerzahl etwa in Höhe der Mitte der 1990er-Jahre erreichten Werte.

## **An Gymnasien besonders starker Rückgang**

Auch an den Gymnasien liegt die Schülerzahl im laufenden Schuljahr wahrscheinlich knapp über dem Vorjahreswert von 343 421. Bis zum Schuljahr 2011/12 dürfte die Zahl der Gymnasiasten wieder geringfügig auf 337 000 absinken. Mit dem Ausscheiden des „doppelten“ Abiturientenjahrgangs des letzten 9-jährigen und des ersten flächendeckenden 8-jährigen Gymnasialzugs im Sommer 2012 wird sich die Schülerzahl um einen kompletten Jahrgang auf etwas weniger als 306 000 verringern. Im Anschluss daran machen sich auch an den Gymnasien des Landes die geburtenschwachen Jahrgänge bemerkbar: Die Schülerzahl dürfte demzufolge bis 2030 auf rund 242 000 absinken. Das wären gut 29 Prozent weniger Schülerinnen und Schüler als im Schuljahr 2008/09, aber noch mehr als im Schuljahr 1992/93.

## **2030: Gut 30 Prozent weniger Schüler an den beruflichen Schulen**

In Baden-Württemberg wuchsen die Schülerzahlen der beruflichen Schulen – einschließlich der Schulen für Berufe des Gesundheitswesens – seit dem Schuljahr 1995/96, in dem 354 902 Schülerinnen und Schüler gezählt wurden, bis zum Schuljahr 2008/09 auf 434 595 an. Im laufenden Schuljahr dürfte die Schülerzahl einen vergleichbaren Wert annehmen. Die demografische Entwicklung wird auch an den beruflichen Schulen im Land einen Rückgang der Schülerzahlen verursachen. Das Statistische Landesamt geht bis 2030 von einem Absinken um über 30 Prozent im Vergleich zum Schuljahr 2008/09 auf knapp unter 300 000 Schülerinnen und Schülern aus.

<http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2010009.asp>